

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bär,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
sehr geehrte PressevertreterInnen,
sehr geehrte Gäste!

Wie schon im letzten Jahr steht an erster Stelle ein herzlicher Dank an - nicht mehr Herrn Scholz, da muss auch ich mich umgewöhnen - sondern an Herrn Kugler und seine Mitarbeiter:Innen, der uns wieder per Videokonferenz intensiv und verständlich in die Details eines Landkreishaushaltes mitgenommen hat. Herzlichen Dank für die Vorbereitung des Haushalts, die sehr gute Darstellung der Erläuterungen und die kompetente Beantwortung aller (vieler!) Fragen.

Am Mittwoch war in der Frankenpost zu lesen, dass die oberfränkischen Landräte fordern, die kommunalen Krankenhäuser stärker zu unterstützen. Auch die teure Unterbringung von Geflüchteten wird thematisiert. Abschließend heißt es in der eher kurzen aber alarmierenden Randnotiz: „Die Landkreise sind an ihrer Belastungsgrenze schon lange angelangt.“ In dieser von den Landräten so beschriebenen Situation muss man Prioritäten setzen. Wir müssen hier in diesem Gremium entscheiden: was ist obligatorisch, Pflichtaufgabe, absolute Notwendigkeit? Was sind sinnvolle freiwillige Ausgaben mit einem Mehrwert für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Hof? Und was ist Unnötig, Überflüssig, gar schädlich und höchst umstritten?

Wir haben eine Nettokreditaufnahme von über 10 Mio Euro, wir haben im TOP 5 über ein Haushaltskonsolidierungskonzept abgestimmt, wir müssen realistisch mit sinkenden Steuereinnahmen, steigender Bezirks- und Krankenhausumlage, weiterhin negativen Abschlüssen der Kommunalunternehmen und zu erwartenden Kostensteigerungen der Krankenhausbaumaßnahmen rechnen.

Wir erkennen viele sinnvolle und wichtige Dinge auf der Ausgabenseite in diesem Haushalt an.

Es ist uns eine humanitäre Verpflichtung, Geflüchtete aus der Ukraine und aus anderen Ländern menschenwürdig unterzubringen und zu unterstützen. Nicht weil „wir es halt müssen aufgrund der Verteilungsschlüssel etc pp“ sondern weil wir uns bewusst sind, dass es ein unverdientes Privileg ist, frei von politischer Verfolgung aufgrund unserer Hautfarbe, unserer sexuellen Orientierung oder unserer Religion in Mitteleuropa geboren zu sein. Dieses Privileg zieht eine Verantwortung nach sich: die Ausbeutung der armen Länder dieser Erde, in denen die Klimakatastrophe jetzt schon zu unzumutbaren Lebensbedingungen führt, macht unseren Reichtum erst möglich. Und deswegen sind wir verantwortlich für die Menschen, die zu uns fliehen. Die in diesem Bereich steigenden Ausgaben dürfen nicht zur Diskussion stehen.

60 % der bayerischen Kliniken befinden sich in kommunaler Hand.
Nahezu alle machen Verluste in Millionenhöhe. Die steigenden Kosten (Energie-, Personal- und Sachkosten, Wegfall der Corona-Hilfen) können nicht an die Krankenkassen weitergegeben werden.

Derzeit ist bei uns die Bilanz noch im grünen Bereich, aber es wäre naiv, vor der drohenden wirtschaftlichen Entwicklung die Augen zu verschließen. In unserem Landkreis wurden zu Recht hohe Investitionen für die Sanierung der Krankenhäuser Münchberg und Naila getätigt. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das zu schätzen und stehen zu den Kliniken Hochfranken. Dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden. Eine Unterstützung unserer kommunalen Häuser ist nicht nur heute obligatorisch. Dafür muss auch in der Zukunft finanzieller Spielraum vorhanden sein.

Im Hinblick auf zunehmende Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Dürreperioden mit Brandgefahr müssen wir die Pflichtaufgabe des Katastrophenschutzes und die Ausstattung der Feuerwehren stärker in den Fokus nehmen und auch in diesem Bereich mit Ausgabensteigerungen rechnen.

Auch von unserer Seite sind in den letzten Jahren Ausgaben dazu gekommen, sei es die Schaffung einer Stelle für einen oder eine KulturreferentIn, die wir in einem gemeinsamen Antrag mit der SPD einstellen konnten - Kulturförderung ist übrigens eine Pflichtaufgabe- oder auch das im zweiten Jahr erst richtig angelaufene Katzenkastrationsprojekt, das dem Staatsziel Tierschutz im Landkreis zu mehr Geltung verhilft und vor allem durch eine angestrebte Reduktion der Kosten für die Fundtierversorgung den Kommunen ganz konkret unter die Arme greift.

Den Kommunen unter die Arme greifen, da wäre ich beim Thema:

Ich habe jetzt mehrfach von Haushaltsreden in Landkreiskommunen und Pressemitteilungen gehört und gelesen, in denen von einer anderen Partei gefordert wird, die 1,8 Millionen Euro Haushaltsrest, die von den Frankenwald-Brücken ins nächste Jahr geschoben wird, sollen dazu verwendet werden, die Kreisumlage weniger stark anzuheben. Gut, wenn auch Teile anderer Fraktionen zu diesem Schluss kommen. Es spielt wohl doch eine Rolle, wer einen Vorschlag bringt. Zum Thema Brücken mussten wir von anderer Seite in der Dezember-Sitzung hören, dass die Millionenmittel - wenn sie schon verballert werden - dann wenigstens bei uns und nicht in Altbayern oder Schwaben verschleudert werden sollen. Das ist eine den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber völlige moralische Entgleisung, die mich- fast- sprachlos zurücklässt. Was nämlich immer unter den Tisch fällt; wenn es heißt, die Frankenwaldbrücken seien rentierlich: damit sind nicht die 40,8 Millionen gemeint, die der Koloss kosten soll, sondern lediglich die 12,3 Millionen Eigenanteil des Landkreises. Die restlichen 28,5 Mio Euro darf der Freistaat verschleudern, die müssen nicht rentierlich sein. Und bei der Vorbereitung dieser Haushaltsrede hab ich in die der letzten Jahre reingeschaut: 2021 haben wir Grünen eine Verdopplung der damals angesetzten Kosten prophezeit- und wir hatten recht. Den geforderten Businessplan haben wir übrigens noch immer nicht vorliegen.

Und während der Landkreis diese riesige Summe als Investition für die nächsten Jahre plant, saßen diejenigen KreisrätInnen unter Ihnen, die noch ein weiteres Mandat haben, in den letzten Wochen in ihren Gremien beisammen und haben mit spitzem Bleistift die eigenen Haushalte -meistens mehr gestrichen als geplant. In manchen Gemeinden ist selbst für die Pflichtaufgaben eine Kreditaufnahme nötig. Man kann Geld nur einmal ausgeben und die Erhöhung der Kreisumlage schnürt die Kommunen spürbar ein.

Auch andere Ausgaben sehen wir bekanntermaßen kritisch. Am Kornberg wurde uns vor Augen geführt, dass eine Baugenehmigung naturschutzfachlich und handwerklich so schlecht hintermauert ist, dass sie einer gerichtlichen Überprüfung nicht standzuhalten droht. Diese Kosten wären vermeidbar gewesen.

Ich fasse zusammen: Wir brauchen Geld für Kliniken, Katastrophenschutz, soziale Sicherung, Kultur, Schülerbeförderung und ÖPNV. Wir können unsere Mittel nur einmal ausgeben und unser Verantwortungsbewusstsein und unsere Vernunft zwingen uns dazu, keine aus der Zeit gefallen Phantasmen zu finanzieren. Wir wissen, dass in diesem Haushalt formal keine neuen Mittel für die Brücken enthalten sind. Und gleichzeitig sind wir angetreten mit dem Versprechen, dieses Projekt zu verhindern. Der Haushalt gibt dem Landkreis eine Richtung, setzt Prioritäten und legt die Grundlage für die Ausgaben der kommenden Jahre. Daher müssen wir konsequent zum mittlerweile dritten Mal geschlossen als Fraktion diesen Haushalt ablehnen.

Wir danken Herrn Kugler für sein handwerklich solides Zahlenwerk, den damit eingeschlagenen politischen Weg können wir nicht teilen.

Herzlichen Dank.